

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

PROTOKOLL ÜBER DIE ANWENDUNG DER GRUNDSÄTZE DER SUBSIDIARITÄT UND DER VERHÄLTNISSMÄßIGKEIT

Déposée par Monsieur: **Joachim Wuermeling**

Qualité: **Suppléant**

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
1. Jedes Organ trägt kontinuierlich für die Einhaltung der in Artikel I-9 der Verfassung nieder-gelegten Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit Sorge.	1. Jedes Organ trägt kontinuierlich für die Einhaltung der in Artikel I-9 der Verfassung nieder-gelegten Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit Sorge.
2. Die Kommission führt umfangreiche Anhörungen durch, bevor sie einen Gesetzgebungsakt vorschlägt. Dabei ist gegebenenfalls der regionalen und lokalen Dimension der in Betracht gezogenen Maßnahmen Rechnung zu tragen. In außergewöhnlich dringenden Fällen führt die Kommission keine Konsultationen durch. Sie begründet ihre Entscheidung in ihrem Vorschlag.	2. Die Kommission führt umfangreiche Anhörungen durch, bevor sie einen Gesetzgebungsakt vorschlägt. Dabei ist gegebenenfalls der regionalen und lokalen Dimension der in Betracht gezogenen Maßnahmen Rechnung zu tragen. In außergewöhnlich dringenden Fällen führt die Kommission keine Konsultationen durch. Sie begründet ihre Entscheidung in ihrem Vorschlag.
3. Die Kommission übermittelt alle ihre Vorschläge und geänderten Vorschläge für einen Gesetzgebungsakt gleichzeitig den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Unionsgesetzgeber. Sobald das Europäische Parlament seine legislativen Entschlüsse angenommen und	3. Die Kommission übermittelt alle ihre Vorschläge und geänderten Vorschläge für einen Gesetzgebungsakt gleichzeitig den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Unionsgesetzgeber. Sobald das Europäische Parlament seine legislativen Entschlüsse angenommen und

<p>der Rat seine gemeinsamen Standpunkte festgelegt hat, leiten sie diese an die nationalen Parla- mente der Mitgliedstaaten weiter.</p> <p>4. Die Kommission begründet ihren Vorschlag im Hinblick auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Jeder Gesetzgebungsvorschlag sollte einen Bogen mit detaillierten An- gaben enthalten, die es ermögli- chen zu beurteilen, ob die Grund- sätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eingehalten wurden. Dieser Bogen sollte An- gaben zu den voraussichtlichen fi- nanziellen Auswirkungen sowie – im Fall eines Rahmengesetzes – zu den Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten zu erlassen- den Rechtsvorschriften enthalten, einschließlich gegebenenfalls der regionalen Rechtsvorschriften. Die Feststellung, dass ein Ziel der U- nion besser auf Unionsebene er- reicht werden kann, muss auf qualitativen und – soweit möglich – auf quantitativen Kriterien beru- hen. Die Kommission berücksich- tigt dabei, dass die finanzielle Be- lastung und der Verwaltungs- aufwand der Union, der Regierun- gen der Mitgliedstaaten, der regi- onalen und lokalen Behörden, der Wirtschaft und der Bürger so ge- ring wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Ver- hältnis zu dem angestrebten Ziel stehen müssen.</p>	<p>der Rat seine gemeinsamen Standpunkte festgelegt hat, leiten sie diese an die nationalen Parla- mente der Mitgliedstaaten weiter.</p> <p><u>4.</u> Die Kommission begründet ihren Vorschlag im Hinblick auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. <u>Folgende Leitlinien sollten bei der Prüfung der Frage, ob das Subsidiaritätsprinzip beachtet wurde, befolgt werden:</u></p> <p><u>a. Der genannte Bereich weist transnationale Aspekte auf, die durch Maßnahmen der Mit- gliedstaaten nicht aus- reichend geregelt wer- den können,</u></p> <p><u>b. Alleinige Maßnahmen der Mitgliedstaaten o- der das Fehlen von Gemeinschaftsmaß- nahmen würden gegen die Anforderungen des Vertrags verstoßen o- der auf sonstige Weise die Interessen der Mitgkedstaaten erheb- lich beeinträchtigen,</u></p> <p><u>c. Maßnahmen auf Ge- meinschaftsebene wür- den wegen ihres Um- fangs oder ihrer Wir- kungen im Vergleich zu Maßnahmen auf der E- bene der Mitgliedstaa- ten deutliche Vorteile mit sich bringen.</u></p>
--	--

<p>5. Jedes nationale Parlament eines Mitgliedstaats oder jede Kammer eines nationalen Parlaments kann binnen sechs Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Gesetzgebungsvorschlags der Kommission in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Vorschlag seines bzw. ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei ist es Sache des jeweiligen nationalen Parlaments oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.</p> <p>6. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission berücksichtigen die begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten oder einer der Kammern eines nationalen Parlaments.</p> <p>Die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten mit einem Einkammersystem verfügen über zwei Stimmen, während jede der beiden Kammern in einem Zweikammersystem über eine Stimme verfügt.</p> <p>Wird von einer Anzahl nationaler Parlamente und Kammern natio-</p>	<p>Jeder Gesetzgebungsvorschlag sollte einen Bogen mit detaillierten Angaben enthalten, die es ermöglichen zu beurteilen, ob die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eingehalten wurden. Dieser Bogen sollte Angaben zu den voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen sowie – im Fall eines Rahmengesetzes – zu den Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten zu erlassenden Rechtsvorschriften enthalten, einschließlich gegebenenfalls der regionalen Rechtsvorschriften. Die Feststellung, dass ein Ziel der Union besser auf Unionsebene erreicht werden kann, muss auf qualitativen und – soweit möglich – auf quantitativen Kriterien beruhen. Die Kommission berücksichtigt dabei, dass die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand der Union, der Regierungen der Mitgliedstaaten, der regionalen und lokalen Behörden, der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen müssen.</p> <p>5. Jedes nationale Parlament eines Mitgliedstaats oder jede Kammer</p>
---	---

<p>naler Parlamente, die mindestens einem Drittel der Gesamtzahl der Stimmen entspricht, eine begründete Stellungnahme dahin gehend abgegeben, dass der Kommissionsvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, so hat die Kommission den Vorschlag zu überprüfen. Diese Schwelle beträgt mindestens ein Viertel der Stimmen, wenn es sich um einen Vorschlag der Kommission oder eine Initiative einer Gruppe von Mitgliedstaaten im Rahmen von Teil III Kapitel X Artikel [8] der Verfassung betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts handelt.</p>	<p>eines nationalen Parlaments kann binnen sechs Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Gesetzgebungsvorschlags der Kommission in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Vorschlag seines bzw. ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei ist es Sache des jeweiligen nationalen Parlaments oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.</p>
<p>Nach Abschluss der Überprüfung kann die Kommission beschließen, an ihrem Vorschlag festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen. Die Kommission begründet ihren Beschluss.</p>	<p>6. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission berücksichtigen die begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten oder einer der Kammern eines nationalen Parlaments.</p>
<p>7. Der Gerichtshof ist für Klagen wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts gegen das Subsidiaritätsprinzip zuständig, die nach den Modalitäten des Artikels [230] durch einen Mitgliedstaat erhoben oder gemäß der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung von einem Mitgliedstaat im Namen seines nationalen Parlaments oder einer Kammer dieses Parlaments übermittelt werden.</p> <p>Gemäß dem genannten Verfas-</p>	<p>Die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten mit einem Einkammersystem verfügen über zwei Stimmen, während jede der beiden Kammern in einem Zweikammersystem über eine Stimme verfügt.</p> <p>Wird von einer Anzahl nationaler Parlamente und Kammern nationaler Parlamente, die mindestens einem Drittel der Gesamtzahl der Stimmen entspricht, eine begrün-</p>

<p>sungsartikel können entsprechende Klagen auch vom Ausschuss der Regionen in Bezug auf Gesetzgebungsakte, für deren Annahme die Anhörung des Ausschusses der Regionen nach der Verfassung vorgeschrieben ist, erhoben werden.</p> <p>8. Die Kommission legt dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament, dem Rat und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten jährlich einen Bericht über die Anwendung des Artikels I-9 der Verfassung vor. Dieser Jahresbericht ist auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zuzuleiten.</p>	<p>dete Stellungnahme dahin gehend abgegeben, dass der Kommissionsvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, so hat die Kommission den Vorschlag zu überprüfen. Diese Schwelle beträgt mindestens ein Viertel der Stimmen, wenn es sich um einen Vorschlag der Kommission oder eine Initiative einer Gruppe von Mitgliedstaaten im Rahmen von Teil III Kapitel X Artikel [8] der Verfassung betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts handelt.</p> <p>Nach Abschluss der Überprüfung kann die Kommission beschließen, an ihrem Vorschlag festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen. Die Kommission begründet ihren Beschluss.</p> <p>7. Der Gerichtshof ist für Klagen wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts gegen das Subsidiaritätsprinzip, <u>das Verhältnismäßigkeitsprinzip oder die Kompetenzordnung gemäß Teil III der Verfassung</u> zuständig, die nach den Modalitäten des Artikels [230] durch einen Mitgliedstaat erhoben oder gemäß der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung von einem Mitgliedstaat im Namen seines nationalen Parlaments oder einer Kammer dieses Parlaments übermittelt werden.</p> <p>Gemäß dem genannten Verfas-</p>
---	--

	<p>sungsartikel können entsprechende Klagen auch vom Ausschuss der Regionen in Bezug auf Gesetzgebungsakte, für deren Annahme die Anhörung des Ausschusses der Regionen nach der Verfassung vorgeschrieben ist, erhoben werden.</p> <p>8. Die Kommission legt dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament, dem Rat und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten jährlich einen Bericht über die Anwendung des Artikels I-9 der Verfassung vor. Dieser Jahresbericht ist auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zuzuleiten.</p>
--	---

Begründung:

Der Vorschlag für das „Subsidiaritätsprotokoll“ soll ein Klagerecht für Regionen mit eigenen Gesetzgebungszuständigkeiten vorsieht. Klagen auf Grundlage de Protokolls müssen ebenso Verstöße gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und vor allem die Rüge der Verletzung der Kompetenzordnung umfassen.

Ungerecht wäre es, Parlamenten aus Zwei-Kammern-Systemen nur das halbe Stimmgewicht des Parlamentes eines Mitgliedstaates mit Ein-Kammer-System zuzubilligen.